

Tà katoptrizómena

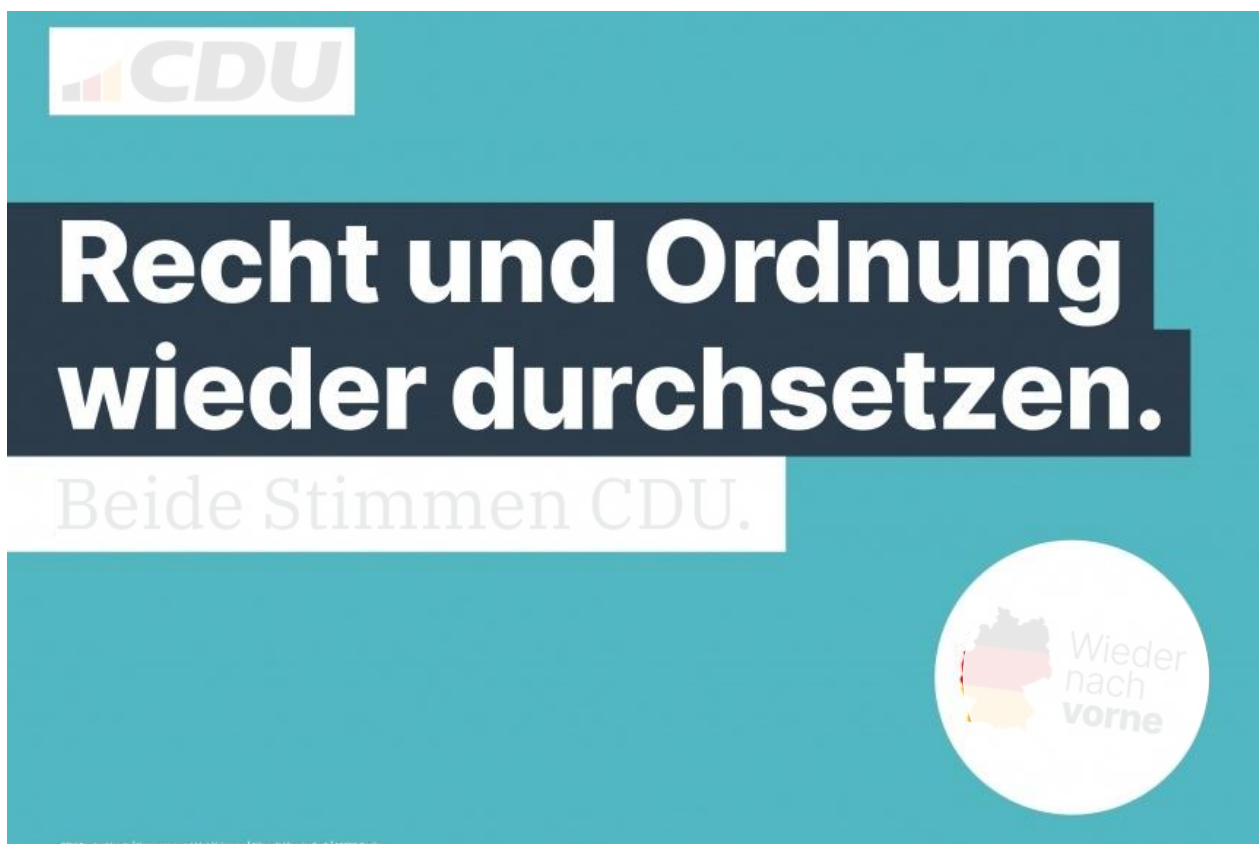
Das Magazin für Kunst | Kultur | Theologie | Ästhetik

Heft 154 | [Home](#) | [Archiv](#) | [Impressum und Datenschutz](#) | [Das Magazin unterstützen](#)

Law and Order?

Eine Erinnerung

Andreas Mertin

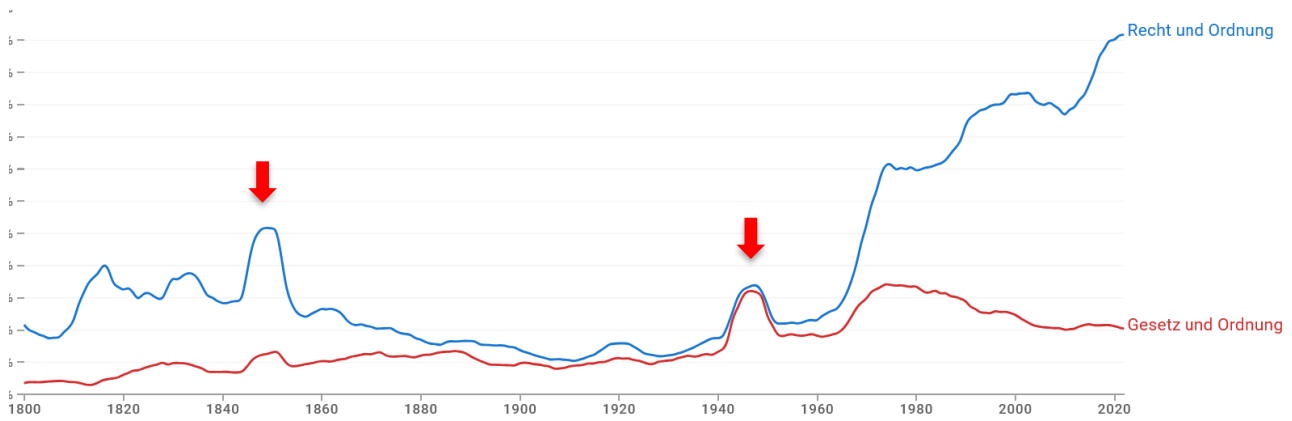


Wahlplakat Bundestagswahl 2025

Law and Order (in etwa Recht und Ordnung oder Gesetz und Ordnung) ist ein ursprünglich englischsprachiges, aber auch im deutschsprachigen Raum verwendetes politisches Schlagwort. Gemeint ist hiermit die Forderung nach drastischen Gesetzen und harten polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität, Drogenkonsum und Gewalt.

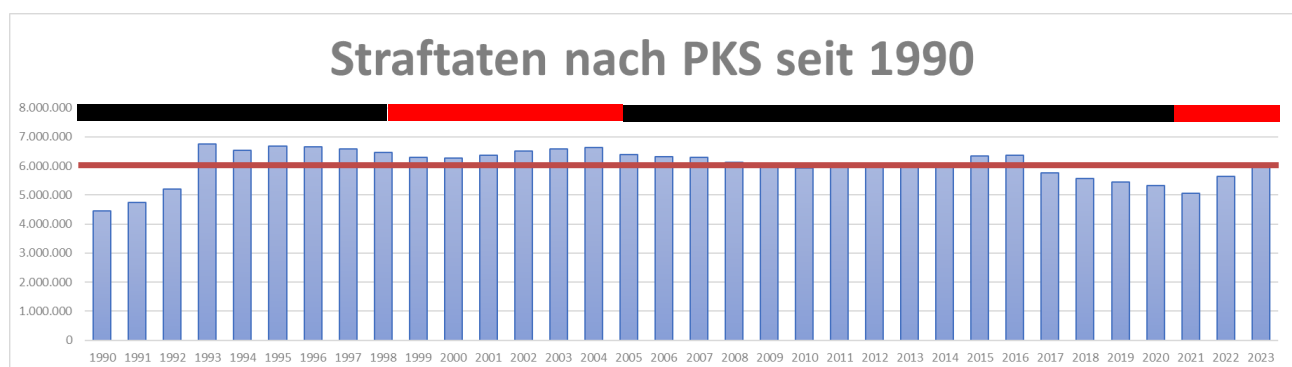
Das politische Schlagwort Law and Order stammt aus den Vereinigten Staaten, wo es in der Mitte des 19. Jahrhunderts aufkam. Damit wurden politische Gruppierungen bezeichnet, die die Sklaverei auf die neuen Staaten ausdehnen und das Wahlrecht einschränken wollten. [Wikipedia]

Schaut man im [NGramViewer](#) nach dem Vorkommen von „Gesetz und Ordnung“ bzw. „Recht und Ordnung“, dann stellt man fest, dass *Recht und Ordnung* zunächst 1848 einen Höhepunkt hatte und danach während des Nationalsozialismus beide Wortkombinationen gepflegt wurden. In der Zeit, in der „Recht und Ordnung“ aufgehoben waren, wird am meisten davon geschrieben.



In Deutschland setzt sich danach die Formulierung „Recht und Ordnung“ durch, vermutlich weil das Wort „Recht“ positiver besetzt ist als das Wort „Gesetz“. Die Formulierung auf dem Wahlplakat setzt voraus, dass Recht und Ordnung zurzeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht gewahrt sind, sondern erst „wieder“ durchgesetzt werden müssen. Blickt man auf die Geschichte der Wortkombinationen, dann müsste man fragen, ob wir heute vergleichbare Situationen wie 1848 oder wie 1933-1945 haben. Davon kann offensichtlich keine Rede sein. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in keiner inneren Gefährdungssituation. Es mag eine „gefühlte“ Bedrohungssituation geben, die aber von den Tatsachen nicht gedeckt wird.

Denn man müsste angesichts des Plakats aus dem aktuellen Wahlkampf 2025 fragen: Seit wann genau sind denn Recht und Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gewahrt? Blickt man auf die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) seit 1990, dann stellt man fest, dass in den Jahren nach der Wiedervereinigung unter Helmut Kohl die Gesamtzahl der Straftaten zwar ansteigt, danach aber für dreißig Jahre auf etwa gleichem Niveau bleibt (durchschnittlich 6.000.000 Fälle im Jahr). 1993 gab es einen Höhepunkt, bis 2021 ging die Zahl dann leicht zurück und stieg danach wieder etwas an ohne jedoch die Werte von 1993 zu erreichen.



Schaut man genauer hin, so ist gerade jenes Ereignis, das heute von Konservativen und Rechten so verteufelt wird, nämlich die Öffnung Deutschlands für die Flüchtlinge im Jahr 2015 („Wir schaffen das!“), jener Zeitpunkt, ab dem die Kriminalitätsrate zurückgeht. Von 2016 bis 2021 fallen die Werte. Erst 2022 und 2023 steigen sie wieder an – ohne die alten Zahlen zu erreichen. Im Gesamtzeitraum 1990 bis 2023 ist die aktuelle Kriminalitätsrate immer noch leicht unterdurchschnittlich.

Es ist daher völlig absurd von einem gegenwärtigen Verlust von Recht und Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen. Bedenkt man, dass in den letzten Jahren ja auch viele Gesetze verschärft und erweitert wurden (die Zahl der Straftaten also eigentlich ansteigen müsste), dann kann man eher sagen, dass die Situation sich seit der Wiedervereinigung kaum verändert oder sogar gebessert hat. Die Behauptung, man müsse *Recht und Ordnung* erst wieder durchsetzen, ist also weitgehend populistisch. Sie reagiert auf Ängste einiger Bevölkerungsteile, vor allem des Bürgertums und des Kleinbürgertums, aber nicht auf eine irgendwie valide empirisch erfassbare Situation, eher auf Einzelereignisse, die überproportional aufgebauscht werden.

Aufgabe einer vernunftorientierten Politik wäre es aber, die Bürger:innen darüber aufzuklären, wie effektiv das Rechtssystem und die Polizei zurzeit arbeiten und dass von einer Steigerung der Straftaten keine Rede sein kann. Wer dennoch „Recht und Ordnung“ erst wieder durchsetzen will, zielt – neben der populistischen Phrase als wahltaktisches Mittel –, auf etwas anderes: Man möchte die Freiheitsrechte der Menschen weiter einschränken: so wie schon in den Ursprüngen der Law-and-Order-Zeiten.

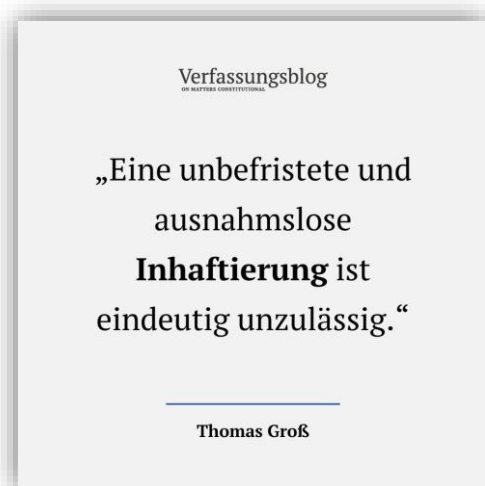
Nun ist es beileibe nicht nur eine einzige Partei in Deutschland, die wider besseres Wissen „Recht und Ordnung“ wiederherstellen will, indem sie Vorschläge unterbreitet, die europäische und deutsche Rechtsstandards unterlaufen. Fast alle Parteien im Bundestag stellen im Augenblick derartige Überlegungen zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte an.

Keiner der anlassgebenden Fälle (Mannheim, Magdeburg, Aschaffenburg) wäre durch die vorgeschlagenen Maßnahmen verhindert worden. Sie bilden nur einem willkommenen Anlass, bestimmte Gesetzesverschärfungen, die man schon immer gerne durchgesetzt hätte, nun endgültig etablieren zu können. Und man nimmt dafür in Kauf, dass dadurch die Freiheitsrechte aller Bürger:innen mehr oder weniger massiv eingeschränkt werden.

Recht und Ordnung meint eben nicht das, was in der europäischen Literatur früherer Zeiten darunter verstanden wurde und was Walter Scott 1820 in seinem Roman *Ivanhoe* so formulierte:

*Glaubt mir, ein jeder Staat braucht auch **Gesetz**,
Das Reich Erlasse, Städte, **Recht und Ordnung**;
Selbst der Geächtete im wilden Tann
Behielt etwas zurück vom Bürgersinn.
Seit seine grüne Schürze Adam trug
Und Menschen lebten in Vereinigung,
Gab's auch Gesetze, die sie fester knüpften.*

Das alles ist unbestritten. Aber wir haben bereits Recht und Ordnung und diese sind auch nicht gefährdet, weil es einige überaus schreckliche Attentate oder Amokläufe gibt.





Die Formel *Recht und Ordnung* meint in den aktuellen populistischen Artikulationen eigentlich „verschärftes Recht und erzwungene Ordnung“, sie meint Aberkennung von Staatsbürgerschaften, Deportation von Menschen, Überwachung von Bürger:innen in der Öffentlichkeit, aber auch im privaten Bereich. Und die Formel meint nicht zuletzt einen Staat, der seinen Bürger:innen seine Meinung vorschreibt – oder ihnen andernfalls wegen unerwünschter Meinungen die Mittel entzieht. Genau das ist aber eben nicht „Recht und Ordnung“ sondern das Gegenteil.

*»Viel Gesetze vnd Ordnung helfen nicht darzu,
dass die Leut fromm seyn.«*

*»Die Gesetze bringen keine Freiheit,
sie begrenzen dieselbe nur.«*

Lehmann 1630

VORGESCHLAGENE ZITATION:

Mertin, Andreas: Law and Order? Eine Erinnerung, *tà katoptrizómena* – Magazin für Kunst | Kultur | Theologie | Ästhetik, Ausgabe 154 – Der Schatten der Bilder, erschienen 01.04.2025
<https://www.theomag.de/154/pdf/MeMi19.pdf>